



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksversammlung Altona

A/BVG/

Drucksache XX - XXX
Datum XX.XX.2014

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Bundratsinitiative zur Aufhebung des PKK-Verbotes

In Altona leben hunderte kurdischer Familien und Einzelpersonen muslimischer, christlicher oder yesidischer Konfession als Flüchtlinge oder mit einem anderen Status. Deren Landsleute und Verwandte sind insbesondere in Syrien und dem Irak durch die mörderischen Aktivitäten des sogenannten *Islamischen Staates* existenziell bedroht. Wie allgemein aus der Presse bekannt ist, führen die PKK und die mit ihr verbundenen Organisationen einen entschiedenen Abwehrkampf gegen das weitere Vordringen des IS. Spendensammlungen zur Unterstützung dieses Kampfes werden in der Bundesrepublik Deutschland in der Folge des PKK-Verbotes als Unterstützung einer terroristischen Vereinigung gewertet und mit Strafverfolgung und Beschlagnahmen bedroht. Erst vor wenigen Wochen ist es zur Festnahme und Anklageerhebung gegen einen mutmaßlichen norddeutschen Gebietsverantwortlichen wegen der Koordination von derartigen Spendensammlungen gekommen.

Zur Beendigung dieses Zustandes wird die Innenbehörde aufgefordert, über das Bundesland Hamburg eine Bundratsinitiative mit dem Ziel der Aufhebung des PKK-Verbotes herbeizuführen.

Petition:

Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.